

Keine prekäre Beschäftigung in der Bildung

Die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen ist Gegenstand der öffentlichen Diskussion und des Koalitionsvertrags. Bisher von der Politik vernachlässigt und im öffentlichen Bewusstsein wenig präsent sind die noch viel schlechteren Arbeitsbedingungen bei Beschäftigten auf Honorarbasis. Hierbei handelt es sich um ein Beschäftigungsmodell, das im Bildungssektor verbreitet ist und weiter zunimmt. Betroffen sind arbeitnehmerähnliche Honorarlehrkräfte an den Volkshochschulen (Z.B. vom Bundesamt für Migration (BAMF) beauftragte Sprachkurse für Migrant*innen), Beschäftigte an Musikschulen, Lehrbeauftragte an Universitäten u.v.m.

Im Gegensatz zu selbst kurzen Arbeitsverhältnissen haben Honorarlehrkräfte keinerlei soziale Absicherung. Die zugrunde liegenden Verträge umfassen beispielsweise Zeiträume zwischen einem Semester (ca. 6 Monate) an Hochschulen und einem Kursabschnitt (ca. 4 Wochen) an Volkshochschulen und werden bei Bedarf immer wieder neu abgeschlossen, bzw. falls die Nachfrage nachlässt, auch spontan nicht abgeschlossen.

In Bezug auf die bestehenden prekären Beschäftigungsverhältnisse auf Honorarbasis im Bildungsbereich, von denen in hohem Maße Arbeitnehmerinnen betroffen sind, fordert die AsF Bundeskonferenz:

I) dass die SPD-Landtagsfraktionen und die SPD-Bundestagsfraktion, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Gewerkschaften, konkrete politische Maßnahmen gegen prekäre Beschäftigung von Lehrkräften auf Honorarbasis konzipieren und umsetzen.

Hierbei sind insbesondere auch Solo-Selbständige, die oftmals in ihrer Funktion als Dozent*in bzw. Trainer*in als Sub-Sub-Unternehmer*in auftreten, so z.B. gegenüber Auftragsvergebenden in der „öffentlich geförderten“ Berufsorientierung, in den Fokus zu nehmen.

II) dass die SPD-Landtagsfraktionen und die SPD-Bundestagsfraktion Gesetzesvorlagen erarbeiten und umsetzen, die prekäre Beschäftigung durch die öffentliche Hand in allen Bereichen grundsätzlich untersagen. Gerade die öffentliche Hand sollte ausschließlich sozial verträgliche Arbeitsverhältnisse anbieten.

III) dass, die SPD-Landtagsfraktionen und die SPD-Bundestagsfraktion Konzepte für steuerliche oder sonstige Anreize für solche Betriebe erarbeiten, die auf prekäre Beschäftigung verzichten und freiwillig feste und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse anbieten, um somit den finanziellen Vorteil aufzuheben, den prekäre Beschäftigung bietet.